



Kurzbericht

über die

115. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 25. November 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung über die **Tagesordnung der anstehenden Sitzung der Innenministerkonferenz** auf Antrag des Abg. Dr. Breyer, [Umdruck 18/5189](#), entgegen.

Er setzte auf Antrag von Abg. Dr. Breyer seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Aufhebung der Ermächtigung zum Abruf von Vorratsdaten**, [Drucksache 18/3193](#), fort. Der Verfahrensantrag der Fraktion der SPD auf Vertagung der abschließenden Beratung wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN angenommen.

Der Ausschuss führte außerdem die **Prüfung der Zulässigkeit der Volksinitiative für die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Landesverfassung** auf der Grundlage des Schreibens des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten, [Umdruck 18/5122](#), durch. Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag zu entscheiden, dass die Volksinitiative für die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Landesverfassung das erforderliche Quorum von Artikel 48 Absatz 1 Satz 3 der Landesverfassung erreicht hat, sich auf einen zulässigen Gegenstand bezieht und deshalb zulässig ist.

Der Ausschuss beschloss die Durchführung von schriftlichen Anhörungen zu folgenden Vierlagen:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/3500](#)

(Benennung der Anzuhörenden bis zum 9. Dezember 2015)

- gemeinsame Anhörung zu den Vorlagen

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/3537](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/3587](#)

Die Privatsphäre von Bewerberinnen und Bewerbern für Kommunal- und Landtagswahlen schützen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/3588](#) - selbstständig -

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Landesverfassungsgerichtsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/3539](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Bürgerentscheiden in Angelegenheiten der Ämter

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/3559](#)

(Benennung der Anzuhörenden bis zum 16. Dezember 2015)

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Europaausschuss, zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung der autochthonen Minderheiten**, [Drucksache 18/3536](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen und schloss sich dem Verfahren des Europaausschusses an.

Die Ausschussmitglieder legten fest, in ihrer nächsten Sitzung, am Mittwoch, dem 2. Dezember 2015, zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen**, [Drucksache 18/3538](#) (neu), eine mündliche Anhörung durchzuführen. Bei der Anhörung sollen Vertreter der kommunalen Landesverbände, des Landesrechnungshofs, des DGB und der dbb Gelegenheit gegeben werden, zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die Ausschussmitglieder nahmen außerdem in Aussicht, ihre Beratungen rechtzeitig zur Dezember-Tagung des Landtags abzuschließen und für die abschließende Beratung eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses am Mittwoch, dem 16. Dezember 2015, um 9:30 Uhr, durchzuführen.

Terminplanung		
2. Dezember 2015	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (u.a. mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf zur Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen, Drucksache 18/3538 (neu))
9. Dezember 2015		keine Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

16. Dezember 2015	9:30 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (voraussichtlich abschließende Beratung zum Gesetzentwurf zur Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen, Drucksache 18/3538 (neu))
16. bis 18. Dezember 2015		Plenartagung
13. Januar 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
20. bis 22. Januar 2016		Plenartagung
27. Januar 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (u.a. mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf über den Vollzug der Freiheitsstrafe in SH, Drucksache 18/3153)
3. Februar 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
10. Februar 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschuss
17. bis 19. Februar 2016		Plenartagung
24. Februar 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (unter anderem mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und Gefahrengebieten, Drucksache 18/1995 (neu))

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder